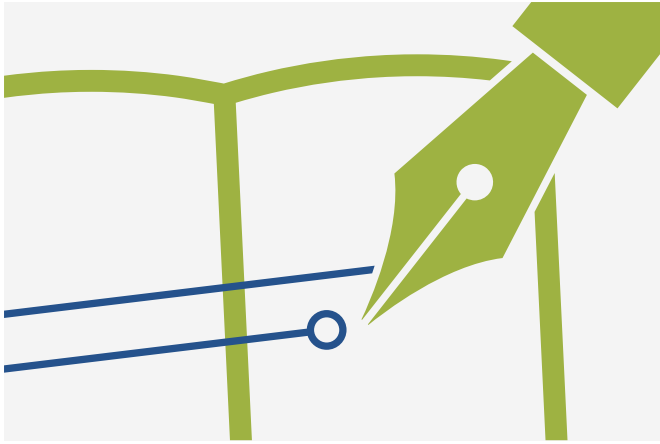




2025

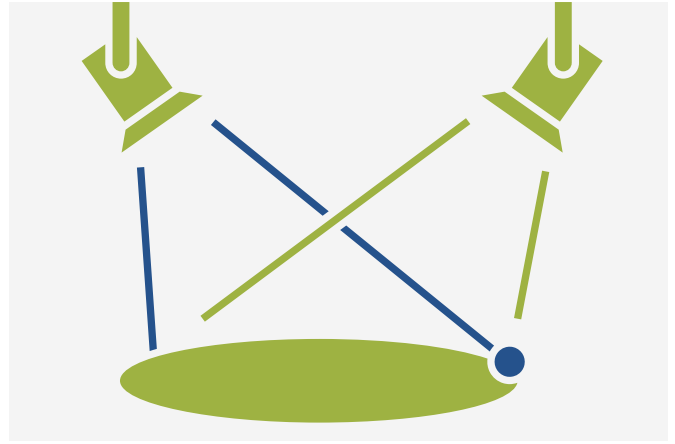
Jahresbericht Abteilung Sucht
Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt

Die Abteilung Sucht des Gesundheitsdepartementes setzt im Auftrag der Regierung die Vier-Säulen-Politik im Rahmen der kantonalen Suchtpolitik um. Dazu plant, koordiniert und steuert sie die Suchthilfe gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern. Dadurch wird der Basler Bevölkerung ein breites Suchthilfeangebot zur Verfügung gestellt. Der Jahresbericht bietet einen Einblick in die Aufgaben und Aktivitäten der Abteilung Sucht sowie Kennzahlen aus der Suchthilfe.



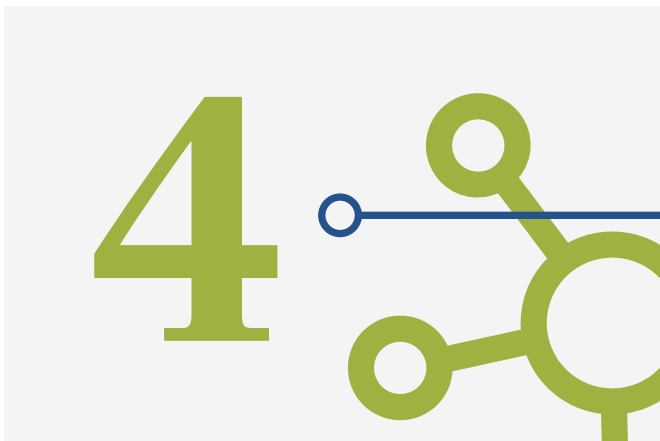
Vorwort

Regine Steinauer, Leiterin der Abteilung Sucht, blickt auf das Jahr 2025 zurück.



Herausgegriffen

- Suchtpolitik
- Projekte und Angebote
- Öffentlichkeitsarbeit und Prävention



Das Jahr in Zahlen

Ausgewählte Kennzahlen von der Prävention bis Repression aus dem Jahr 2025 – die Zahlen zeigen die vielfältigen Angebote



Beratung & Therapie

Wie viele Personen waren aufgrund welcher Substanzen und Verhaltenssuchte in Beratung und

und Aktivitäten im Bereich der Suchtpolitik und Suchthilfe.



Schadensminderung

Schadensmindernde Angebote bieten Konsumräume, niederschwellige Beratung, Tagesstruktur, Verpflegung und Arbeitseinsätze. 2025 wurden sie rege in Anspruch genommen.



Therapie – ein Rückblick auf die Inanspruchnahme 2025.



Vorwort



Regine Steinauer, Leiterin Abteilung Sucht (Bild: Maria Gambino)

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Liebe Leserinnen und Leser

Das vergangene Jahr war für die Abteilung Sucht in mehrfacher Hinsicht einzigartig. Neben den fachlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen durften wir ein besonderes Ereignis feiern: das 20 Jahre Jubiläum der Abteilung Sucht. Nachdem über die Jahre verschiedene Departemente und Fachstellen mit der Thematik betraut waren, entstand im Jahr 2005 unter der Federführung des Gesundheitsdepartementes die Abteilung Sucht in ihrer heutigen Form und Struktur. Seither unterstützt die Abteilung Sucht die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt bei verschiedenen Suchtproblemen. Ebenfalls informiert und sensibilisiert sie die Bevölkerung zu Themen rund um Substanzkonsum und Verhaltenssüchte.

Die Geschichte der baselstädtischen Suchtpolitik zeigt uns, wie sich Suchthilfe verändert und weiterentwickelt hat. Angefangen bei neuen Konsummustern, die einer Beratung und Behandlung bedürfen, über innovative Ansätze in der Schadensminderung bis hin zu verbesserten Versorgungsstrukturen. Die Suchthilfe muss dabei in einem Umfeld gestaltet werden, das sich laufend wandelt. Bedingt durch wechselnde Trends, neue Substanzen und komplexe Lebenslagen der betroffenen Menschen.

Bei diesem dynamischen Kontext zeigt sich, wie bedeutend eine verlässliche, gut verankerte und interprofessionell abgestützte Suchthilfe für unseren Kanton und die Region bleibt. Besonders gefreut hat uns deshalb auch im vergangenen Jahr die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnerorganisationen. Sie alle haben mit hoher Fachlichkeit und Wertschätzung dazu beigetragen, dass wir Menschen in schwierigen Situationen begleiten und entlasten konnten – sei es durch Beratung, Behandlung, Schadensminderung, Prävention oder Koordination.

Der Jahresbericht 2025 der Abteilung Sucht erscheint zum ersten Mal in einem neu gestalteten Webformat. Er zeigt, wie vielfältig und wirksam unsere Arbeit im Bereich der Suchtpolitik und Suchthilfe ist. Er skizziert aber auch Herausforderungen, die bei einer Suchtproblematik im familiären Umfeld oder auch im öffentlichen Raum auftreten können.

Ich danke allen Mitarbeitenden der Abteilung Sucht herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz sowie unseren Partnerinnen und Partnern für die konstruktive Zusammenarbeit.

Ich lade Sie als Leserschaft ein, aktiv zu einer Entstigmatisierung von Menschen mit einer Suchterkrankung beizutragen, und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Regine Steinauer

Leiterin Abteilung Sucht

Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt

Suchtpolitik

Die Abteilung Sucht ist im Kanton Basel-Stadt für die Planung, Koordination und Steuerung der Suchthilfeangebote zuständig. Sie bereitet Stellungnahmen und Berichte zu politischen Vorstössen zuhanden des Regierungsrates vor. Dabei ist es wichtig, Fragen und Anliegen der Betroffenen, der Bevölkerung und der Politik zu berücksichtigen.

Herausforderungen durch den Konsum und Handel im öffentlichen Raum

Die Abteilung Sucht verfolgt einerseits das Ziel, dass Menschen mit einem schädlichen Gebrauch und einer Abhängigkeit die notwendige Hilfe und Behandlung erhalten. Sie trägt andererseits dazu bei, den öffentlichen Raum vor unerwünschten Begleiterscheinungen durch den Konsum von Suchtmitteln zu schützen.



Der öffentliche Raum ist für alle nutzbar und ein wichtiger Ort der sozialen und gesellschaftlichen Integration. Foto: Robert Adam

Der öffentliche Raum im Kanton Basel-Stadt war insbesondere im unteren Kleinbasel auch im Jahr 2025 durch sicherheits- und sozialpolitische Herausforderungen belastet.

Das Fachteam Mittler im öffentlichen Raum (MiR) der Abteilung Sucht ist in der aufsuchenden Sozialarbeit tätig. Die MiR suchen den Kontakt mit Menschen mit einer Suchtmittelabhängigkeit, die sich im Umfeld der Kontakt- und Anlaufstellen und im öffentlichen Raum aufhalten. Sie bieten den schwer zu erreichenden Konsumierenden niederschwellig Beratung und Unterstützung an. Sie sind Ansprechperson für die Anwohnerschaft, Firmen und Schulen. Die MiR nehmen deren Bedürfnisse und Anliegen auf, fördern den Dialog und stehen vermittelnd für ein gutes Miteinander ein. Ein koordiniertes, interdepartementales Vorgehen ist dabei zentral und die Zusammenarbeit der MiR mit kantonalen und privaten Institutionen wie das Community Policing, die Stadtgärtnerei, Organisationen der Suchthilfe sowie die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) Basel erfolgt in diversen Gremien und Steuergruppen.

Die Abteilung Sucht beobachtete insbesondere rund um den Matthäusplatz eine sich entwickelnde Betäubungsmittelszene. In den Abend- und Nachtstunden führten der Konsum und Handel von Kokain, Alkohol und weiteren Substanzen zu erheblichen Lärmemissionen und Verunreinigungen. Meldungen und Reklamationen, die an die Abteilung Sucht gelangten, zeigten eine Verunsicherung und einen zunehmenden Unmut in der Bevölkerung.

Gestützt auf eine interdepartementale Auslegeordnung beschloss der Regierungsrat im März 2024 ein Massnahmenpaket mit präventiven, sozialen, repressiven, und baulichen Massnahmen im unteren Kleinbasel.

Folgende Massnahmen kamen auch auf dem Matthäusplatz zur Anwendung:

- Zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung wurden die polizeilichen Massnahmen verstärkt.
- Private Sicherheitsdienste patrouillierten von Juli bis Oktober 2025 in den Abend- und Nachtstunden, um auf Regeln im öffentlichen Raum hinzuweisen.
- Die aufsuchende Arbeit des Fachteams MiR wurde um eine zusätzliche Mitarbeiterin verstärkt.
- Zusätzliche Konsumplätze an beiden Standorten der K+A trugen zur Entlastung des öffentlichen Raums bei.

Es gilt ein faires Miteinander bzw. Nebeneinander zu erreichen. Öffentliche Plätze und Parks sind für alle ein wichtiger Ort der sozialen und gesellschaftlichen Integration, auch für Menschen mit einer Suchtmittelabhängigkeit oder ohne Obdach.

Trotz des breiten und aufeinander abgestimmten Suchthilfeangebots und den ergriffenen Massnahmen, lässt sich der Konsum von psychoaktiven Substanzen im öffentlichen Raum nicht gänzlich vermeiden. Die Situation im öffentlichen Raum ist dynamisch und kann sich rasch verändern. Der Drogenhandel und -konsum sowie dessen Begleiterscheinungen sind eine grosse Herausforderung, die weiterhin gezielte, aufeinander abgestimmte und departementsübergreifende Massnahmen erfordern.

Weitere Informationen

- Aufgaben und Angebote des Fachteams Mittler im öffentlichen Raum: [Fachteam Mittler im öffentlichen Raum | bs.ch](#) ↗
- Regierungsrat verabschiedet Massnahmen zur Verbesserung der Situation im unteren Kleinbasel: [Medienmitteilung des Regierungsrates vom 15. März 2024](#) ↗

Politische Vorstösse und Vernehmlassungen



Grossratsaal Basel-Stadt. Foto: Michael Fritschi

Der Konsum und Handel im öffentlichen Raum und damit verbundene Begleiterscheinungen sind in den letzten Jahren wiederkehrend Inhalt von politischen Vorstössen. Nachfolgende drei Vorstösse wurden im Jahr 2025 vom Regierungsrat beantwortet:

- **Anzug** [↗](#) Oliver Bolliger (BastA) und Melanie Nussbaumer (SP) betreffend «Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit»
- **Anzug** [↗](#) Heidi Mück und Konsorten betreffend «Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen von „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum „DIBS“»
- **Interpellation** [↗](#) Oliver Bolliger betreffend schadensmindernden Massnahmen rund um das kHaus

Der Regierungsrat setzt auf eine ausgewogene und nachhaltige Suchtpolitik, welche gesundheitliche Unterstützung, soziale Integration und die konsequente Durchsetzung der geltenden Regeln im öffentlichen Raum miteinander verbindet.

Vernehmlassung Cannabisproduktegesetz



Das neue Cannabisproduktegesetz sieht einen strikt geregelten Zugang zu Cannabis für Erwachsene vor.

Foto: Adobe Stock

Die Parlamentarische Initiative «Regulierung des Cannabismarkts für eine besseren Jugend- und Konsumentenschutz» von Franz Siegenthaler aus dem Jahr 2020 fordert eine neue gesetzliche Regelung des Anbaus, der Produktion, des Handels und des Konsums von THC-haltigem Cannabis. Darauf folgende wurde im Jahr 2025 der Vorentwurf des Cannabisproduktegesetz (CanPG) in die Vernehmlassung gegeben. Der Vorentwurf skizziert einen strikt regulierten Markt für Erwachsene, sieht ein Abgabeverbot an Minderjährige vor sowie eine begrenzte Vermarktung und Werbung. Ebenfalls werden Anforderungen an Qualität, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit verankert. Der Ergebnisbericht wird in der zweiten Jahreshälfte 2026 erwartet.

Der Kanton Basel-Stadt unterstützt die parlamentarische Initiative Siegenthaler und den Vorentwurf des CanPG. Er begrüsst insbesondere die klare Public-Health-Ausrichtung mit streng reguliertem Erwachsenenmarkt, konsequentem Jugend- und Konsumentenschutz sowie Vorgaben zu Werbung, Qualität und Kontrolle. Zugleich fordert der Kanton Basel-Stadt eine zurückhaltende, nicht-gewinnorientierte Ausgestaltung des Verkaufs mit ausreichenden Ressourcen für den Vollzug, die Prävention und die Suchthilfe. Die Möglichkeit zum Eigenanbau sowie Konsumräume lehnt er ab.

Stellungnahmen

- Rückmeldungen von Fachverbänden, Dachverbände sowie diversen Organisationen:
↓ [Stellungnahmen zur Vernehmlassung](#)

Synthetische Opiode Massnahmenplan im Kanton Basel-Stadt



Potenziell tödliche Dosen von Fentanyl und Heroin im Mengenvergleich.

Quelle: Bruce A. Taylor/NH State Police Forensic Lab

Hochpotente synthetische Opiode stellen ein Risiko für die öffentliche Gesundheit dar und können Konsumierende ernsthaft gefährden. Die Abteilung Sucht hat in einer kantonalen Arbeitsgruppe mit anderen Fachpersonen Massnahmen festgelegt und ist vorbereitet, falls synthetische Opiode auf dem Markt auftauchen.

Als starkes Schmerzmittel werden einige synthetische Opiode in der Anästhesie oder in der Schmerztherapie eingesetzt. Sie unterstehen in der Schweiz dem Betäubungsmittelgesetz (BetmG). Synthetische Opiode sind jedoch auch zur nichtmedizinischen Nutzung auf dem illegalen Markt im Umlauf. Sie wirken schmerzlindernd, sedierend, aber auch euphorisierend. Synthetische Opiode wirken mehr als 50-mal stärker als Heroin und bei Überdosierung führen alle Opiode zu einer lebensbedrohlichen Atemdepression bis hin zum tödlichen Atemstillstand.

In den letzten Jahren hat die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit synthetischen Opioiden, insbesondere Fentanyl und Nitazene, in Europa zugenommen. Der Konsum erfolgt oft unwissentlich. Im Kanton Basel-Stadt gibt es bisher kaum Hinweise auf die Verbreitung von synthetischen Opioiden. Damit deren Auftreten frühzeitig erkannt wird, hat der Kanton Basel-Stadt im Austausch mit anderen Kantonen ein Massnahmenplan entwickelt. Dieser setzt insbesondere auf Früherkennung und Monitoring, Sensibilisierung sowie Behandlung und Schadensminderung.

In der kantonalen Arbeitsgruppe unter der Leitung der Abteilung Sucht diskutieren die Medizinischen Dienste, das Institut für Rechtsmedizin, die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) Basel und die Suchthilfe Region Basel regelmässig die Entwicklungen im Kanton Basel-

Stadt. Bei Bedarf werden Schritte gemäss Massnahmenplan eingeleitet und weitere Akteure wie die Polizei, Sanität, Institutionen der Suchthilfe, Schulsozialarbeit und Staatsanwaltschaft einbezogen.

Die Abteilung Sucht sammelt Beobachtungen betreffend synthetische Opioide und bittet alle, entsprechende Meldungen mitzuteilen.

Weitere Informationen

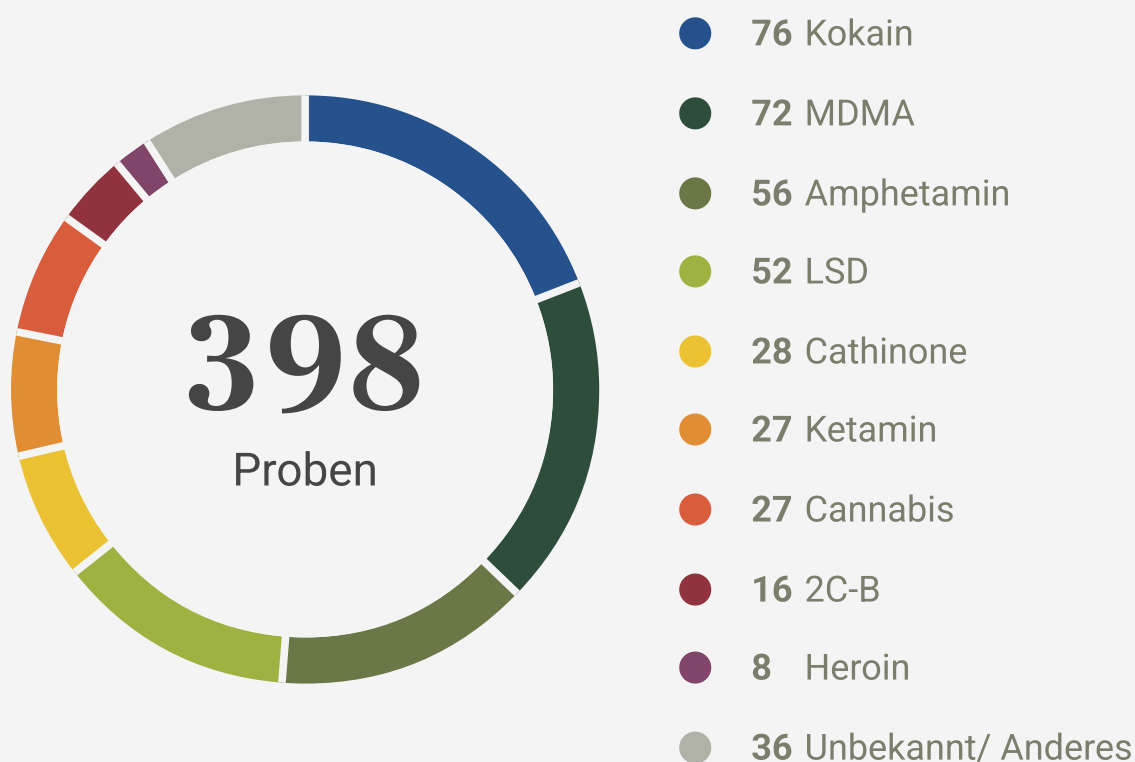
- Faktenblatt zu synthetische Opioiden von der Schweizerischen Koordinations- und Fachstelle Sucht Infodrog: [↘ Hochpotente synthetische Opioide](#)

Projekte und Angebote

Innovative Projekte und Weiterentwicklungen im Suchtbereich sind unerlässlich. Aus diesem Grund beteiligt sich die Abteilung Sucht aktiv an der Planung, Mitarbeit und Umsetzung von Projekten und neuen Angeboten. Aktuelle Beispiele dazu sind das Drug-Checking-Angebot Drogeninfo Basel (DIBS) und das Pilotprojekt zur regulierten Cannabisabgabe «Weed Care».

Probenübersicht ambulantes Drug Checking

Im ambulanten Drug-Checking-Angebot Drogeninfo Basel «DIBS» wurden im Jahr 2025 insgesamt 398 Proben analysiert. Am häufigsten wurden Kokain-Proben abgegeben (19%), gefolgt von MDMA (18%). Die DIBS leistet einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von Konsumrisiken.



Quelle: Jahresstatistik ausgewertet durch die Abteilung Sucht

Was konsumiere ich?



Poster zum mobilen Drug-Checking-Angebot Drogeninfo Basel «DIBS».

Drug-Checking-Angebote ermöglichen die chemische Analyse von psychoaktiven Substanzen und sind mit einem obligatorischen Beratungsgespräch verbunden. Bei der Analyse werden die psychoaktiven Substanzen auf ihre pharmakologisch aktiven Inhaltsstoffe sowie Reinheit geprüft. So lassen sich Verunreinigungen, Streckmittel, Falschdeklarationen und/oder eine sehr hohe Reinheit feststellen. Die Ergebnisse der Substanzanalysen aus dem Jahr 2025 zeigen auf, dass zu hohe Wirkstoffanteile, Falschdeklarationen und gesundheitsgefährdende zusätzliche Inhaltsstoffe häufig festgestellt wurden. Die Drug-Checking-Angebote in Basel leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von Konsumrisiken, insbesondere bei der Gruppe von Freizeitdrogenkonsumierenden, die durch klassische Beratungsangebote schwer erreichbar ist.

Das mobile Drug-Checking-Angebot Safer Dance Basel wurde im Jahr 2013 in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft eingeführt. Seither finden mehrmals im Jahr Präventionseinsätze in Clubs und an Festivals statt. Im Sommer 2019 folgte das ambulante

Angebot DIBS mit festen Öffnungszeiten in den Räumlichkeiten des Beratungszentrums der Stiftung Suchthilfe Region (SRB) Basel. Beide Angebote werden durch die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mitfinanziert. Die Umsetzung erfolgte durch das Institut für Rechtsmedizin (IRM) des Gesundheitsdepartementes und das Beratungszentrum der SRB.

Weitere Informationen

- Ambulantes Drug-Checking-Angebot DIBS:
[DIBS - SUCHTHILFE REGION BASEL](#) ↗
- Mobiles Drug-Checking-Angebot Safer Dance Basel:
[Safer Dance Basel - SUCHTHILFE REGION BASEL](#) ↗
- Aktuelle Substanzwarnungen: [Warnungen](#) ↗

Studie zum regulierten Cannabisverkauf in Apotheken im Kanton Basel-Stadt



Basler Pilotprojekt zur kontrollierten Cannabisabgabe
«Weed care» .

Die Pilotstudie «Weed Care» zur kontrollierten Abgabe von Cannabisprodukten im Kanton Basel-Stadt ist am 30. Januar 2023 mit 378 Teilnehmenden gestartet. In dieser Studie werden die gesundheitlichen Auswirkungen eines regulierten Verkaufs von Cannabisprodukten über Apotheken im Vergleich zum illegalen Bezug von Cannabis auf dem Schwarzmarkt untersucht.



Nach eineinhalb Jahren Laufzeit wurde eine Verlängerung der Studie von August 2025 bis Ende Januar 2027 beantragt. Damit wurde die wissenschaftliche Datengrundlage erweitert und die Produktpalette an aktuelle Erfahrungen zum Konsumverhalten angepasst. Nach der eingegangenen Bewilligung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und der Ethikkommission Nordwestschweiz (EKNZ) können den Teilnehmenden risikoärmere Produktformen wie Vapes, Öl oder Spray angeboten werden.

Über den dreijährigen Studienzeitraum berichteten die Teilnehmenden von einer Reduktion des problematischen Cannabiskonsums. Der Konsum via Joints mit Tabak nahm über die drei Jahre signifikant ab. Dies deutet auf eine Verlagerung hin zu anderen, potenziell risikoärmeren Konsumformen hin. Nach Einführung der neuen Produkte stieg die Zufriedenheit mit der Produktpalette deutlich.

«Weed care» leistet einen wichtigen Beitrag, um evidenzbasierte Erkenntnisse für eine künftige Regulierung zu erhalten. Dabei werden Konsumentenschutz, Qualitätssicherung und Prävention ins Zentrum stellt.

«Weed care» ist eine gemeinsame Studie des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt, der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) Basel, der Psychiatrischen Dienste Aargau (PDAG) und der Universität Basel. Das Gesundheitsdepartement Basel-Stadt dankt allen an der Studie beteiligten Personen und ist überzeugt, mit den Ergebnissen dazu beizutragen, dass eine zukünftige Cannabispolitik auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert.

Weitere Informationen

- Cannabisstudie «Weed Care»: Positive Bilanz nach drei Jahren: [Medienmitteilung des Gesundheitsdepartementes vom 19. März 2026](#) 
- Allgemeine Informationen zur Studie zum regulierten Cannabisverkauf in Basel: www.weedcare-basel.ch 

Nationale Aktionswoche für Kinder von suchtkranken Eltern in der Schweiz

In der Schweiz wachsen rund 100'000 Kinder mit einem suchtblasteten Elternteil auf. Eine Suchterkrankung kann den Familienalltag stark belasten und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gefährden. Oft bleibt diese Situation unsichtbar.

Das Gesundheitsdepartement Basel-Stadt engagiert sich seit Jahren für Sensibilisierung, Prävention und Unterstützung betroffener Familien. Denn neben Eltern, die trotz Suchterkrankung gute Eltern sein wollen, brauchen auch ihre Kinder verlässliche Begleitung und Stärkung.

Im Rahmen der Nationale Aktionswoche Kinder von Eltern mit Suchterkrankung vom 16.–22. März 2026 haben Basler Schulklassen der Sekundarstufe I die Möglichkeit erhalten, den Präventionsfilm «Zoey» exklusiv und kostenlos an sechs Vorstellungen im Kino zu sehen. Jede Vorstellung wurde von einer professionell moderierten Nachbesprechung mit Fachpersonen und einer selbstbetroffenen erwachsenen Person begleitet.

Jugendlichen sollte auf diesem Weg vermittelt werden, dass

- Sucht eine Krankheit und kein moralisches Versagen ist

- sie keine Schuld am Verhalten oder Konsum ihrer Eltern tragen
- sie ihre Eltern nicht «heilen» können
- sie das Recht haben, sich gut zu fühlen, auch in belastenden Familiensituationen
- Suchterkrankungen alle Bevölkerungsschichten betreffen können
- es wichtig und erlaubt ist, Hilfe zu suchen und mit einer Vertrauensperson zu sprechen.

Kinder aus suchtbelasteten Familien erleben häufig Schweigen und Geheimhaltung. Die Diskussion innerhalb der Schule kann helfen, Isolation zu durchbrechen, Schuld- und Verantwortungsgefühle abzubauen und Unterstützung zu holen.

Die Aktion wurde gemeinsam von der Abteilung Sucht mit der Schulsozialarbeit Basel-Stadt und den Medizinischen Diensten Kanton Basel-Stadt konzipiert und von acht Schulklassen aus Basel-Stadt besucht.

Weitere Informationen

- Webseite des Nationalen Programms für Kinder von Eltern mit Suchterkrankungen:
www.kinder-eltern-sucht.ch ↗

«Seit vielen Jahren engagiert sich die Abteilung Sucht für Kinder von Eltern mit einer Suchterkrankung. **Betroffene Kinder wie auch ihre Eltern sollen eine bestmögliche Unterstützung erhalten.** Denn auch Eltern mit Suchtproblemen wollen gute Eltern sein und ihre Kinder lieben und brauchen sie – trotz schwierigen Momenten.

Thomas Müller

Projektleiter Kinder von suchtkranken Eltern, Abteilung Sucht

Öffentlichkeitsarbeit und Prävention

Mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit leistet die Abteilung Sucht einen Beitrag zur Prävention und Früherkennung. Sie sensibilisiert die gesamte Basler Bevölkerung, aber auch spezifische Zielgruppen wie Menschen mit Suchtproblemen, Angehörige, Arbeitgebende und Fachpersonen zu suchtrelevanten Themen. Seit letztem Jahr stehen Menschen mit Migrationshintergrund im Fokus, mit dem Ziel den Zugang zur Suchthilfe zu erleichtern.

Stadtführungen zum Thema Alkohol



Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt
Abteilung Sucht

**DU SIEHST EINEN
ALKOHOLIKER.**

**ABER HINTER JEDER
ABHÄNGIGKEIT STEHT
EINE GESCHICHTE.**

**VERSTEHEN STATT
VERURTEILEN –**

Besuche unsere kostenlosen Stadtführungen
im Mai 2026 mit dem «Grabmacherjoggi» oder
dem Verein Surprise.



ZUR ANMELDUNG

Plakat zu den Stadtführungen im Rahmen des Nationalen Aktionstages Alkoholprobleme 2026.

Der Nationale Aktionstag Alkoholprobleme verfolgt das Ziel, die Bevölkerung für die Belastungen von Menschen mit Alkoholproblemen und deren Angehörige zu sensibilisieren.

Im Jahr 2026 stand der Aktionstag unter dem Motto «verstehen statt verurteilen» und setzte damit ein klares Zeichen gegen die Stigmatisierung von Menschen mit einem problematischen Alkoholkonsum oder einer Abhängigkeit. Stigmatisierung ist eine grosse Belastung und stellt für betroffene Personen eine Hürde dar, um Unterstützungsangebote anzunehmen.

Die Abteilung Sucht beteiligte sich seit vielen Jahren mit diversen Aktivitäten am Nationalen Aktionstag Alkoholprobleme. Damit leistet sie einen Beitrag, um das Thema sichtbar zu machen, zu sensibilisieren und einen offenen Dialog zu fördern. Im Mai 2026 hat die Abteilung Sucht kostenlose Stadtführungen für die Öffentlichkeit mit dem [Verein Surprise](#) und Roger Rebmann alias [Grabmacherjoggi](#) organisiert. Interessierte Personen besuchten Stadtführungen zu den Themen «Verstehen statt verurteilen – auf den Spuren der Basler Trinkkultur», «Zwischen Gassenküche und Schuldenberatung» sowie «Wege aus der Schuldenspirale». Auf diese Weise wurde ein Einblick in die Lebensrealität von sozial benachteiligten Menschen ermöglicht und

interessante Informationen zur Basler Trinkkultur und zu problematischem Alkoholkonsum vermittelt.

Weitere Informationen

- Hilfsmittel, Aktivitäten, Quiz und Beratungsangebote: [Webseite zum Nationalen Aktionstag Alkoholprobleme 2026](#) ↗
- Nationaler Aktionstag Alkoholprobleme 2026: Kostenlose Stadtführungen mit Fokus auf das Basler Suchthilfesystem: [Medienmitteilung des Gesundheitsdepartementes vom 18. Mai 2026](#) ↗

Projekt Migration und Sucht



Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt
Abteilung Sucht

Problemi con alcol, droga o gioco d'azzardo?

Informazioni e consulenza riservate gratuitamente nella sua lingua.
Scansioni il codice QR e ci contatti.

Alkol, uyuşturucu veya kumarla ilgili sorunlarınız mı var?

Bilgi ve danışmanlık - gizli,
ücretsiz ve sizin dilinizde.
QR kodunu tarayınız ve
bizimle iletişime geçiniz.

Problemi sa alkoholom, drogama ili igrom na sreću?

Informacije i savetovanje - poverljivo, besplatno i na Vašem jeziku.
Skenirajte QR kod i stupite u kontakt sa nama.

¿Problemas con alcohol, drogas o juegos de azar?

Información y asesoramiento confidencial, gratuito y en su idioma.
Escanee el código QR y póngase en contacto con nosotros.

Problemas com álcool, drogas ou jogos de azar?

Informações e orientação – com sigilo, grátis e na sua língua.
Leia o código QR e entre em contato conosco.



Mehrsprachiges Plakat im Rahmen des Nationalen Aktionstages Alkoholprobleme 2025.

Suchterkrankungen betreffen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten unabhängig von ihrer Nationalität und Herkunft. Mehrsprachige Angebote aus der Suchthilfe sind für den multikulturellen Kanton Basel-Stadt besonders wichtig: 39% der Bevölkerung sind ausländische Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Pass. Von den Neuzugezogenen kommt die Mehrheit mit 67% aus dem Ausland.

Im Jahr 2024 hat die Abteilung Sucht das Magazin [ausgesucht.bs](https://www.ausgesucht.bs) wie auch das Forum für Suchtfragen unter dem Titel «Sucht spricht alle Sprachen» dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe gewidmet. Darauf folgend wurde im Jahr 2025 ein Projekt entwickelt. Mit dem Projekt Migration und Sucht sollen Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen zu Suchthilfeangeboten und -Aktivitäten für die lokale Migrationsbevölkerung partizipativ entwickelt und umgesetzt werden. Damit wird ein Ziel, welches im Legislaturplan 2025-2029 definiert ist aufgegriffen: „Präventionsmassnahmen zur frühzeitigen Erkennung und Minimierung von Risiken für chronische Erkrankungen sollen gefördert werden, um die Chancengerechtigkeit und den Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten“.

Welches Massnahmen sind geplant?

Die Entwicklung von Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen soll in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen von Migrantinnen und Migranten erfolgen. Die Wahrnehmungen, Bedürfnisse und Wünsche ihrer Gemeinschaften werden in die Planung und Umsetzung der Massnahmen einfliessen. Auf diese Weise möchte die Abteilung Sucht gezielt Personen aus der lokalen Migrationsbevölkerung ansprechen und die Schwelle zur Inanspruchnahme von Angeboten der Suchthilfe senken.

Die Umsetzung der Massnahmen ist bis Ende 2028 vorgesehen.

Projekte und Angebote aus der Suchtprävention



«prevent.bs» stellt Baslerinnen und Baslern sowie Fachpersonen eine Übersicht zu den Angeboten der Medizinischen Dienste zur Gesundheitsförderung zur Verfügung.

Die Adoleszenz ist eine Lebensphase voller Entwicklungsschritte und neuen Entdeckungen. In dieser Zeit steigen die Risikobereitschaft und Experimentierfreudigkeit. Das Gefühl nach Zusammengehörigkeit unter Gleichaltrigen gewinnt an Bedeutung. Viele Jugendliche konsumieren in dieser Lebensphase zum ersten Mal psychoaktive Substanzen wie Alkohol, Nikotin, Medikamente, Cannabis oder Partydrogen. Auch der erstmalige Kontakt mit sexualisierten Inhalten oder Glücksspielen im Internet findet häufig statt. Die Nutzung von sozialen Medien und Erfahrungen mit Computerspielen nehmen im Jugendalter deutlich zu.



Befragungen zeigen einen steigenden Anteil der 15-Jährigen, die zumindest sporadisch oder einmalig bereits psychoaktive Substanzen konsumiert haben. Der einmalige sowie regelmässige Konsum kann zu unmittelbaren bzw. langfristigen schädlichen Folgen führen. Diese betreffen die psychische, physische und soziale Entwicklung. Die Nutzung von digitalen Medien steht ebenfalls in einem negativen Zusammenhang mit dem subjektiven Wohlbefinden von Jugendlichen. Deshalb ist es wichtig, Jugendliche gut zu begleiten, sie im Erwerb von Lebenskompetenzen zu unterstützen und ihre Konsumkompetenz zu stärken.

Für die Suchtpräventionsarbeit an den Basler Schulen ist die Abteilung Prävention der Medizinischen Dienste des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt zuständig. Einige Angebote der Abteilung Prävention richten sich an Jugendliche ausserhalb des schulischen Settings. Mit Unterstützung von Partnerinstitutionen und zunehmend mit webbasierten Angeboten werden Jugendliche auch im Freizeitbereich für das Thema Sucht sensibilisiert.

Ausgewählte Kennzahlen aus der Suchtpräventionsarbeit der Abteilung Prävention:

- **8 verschiedene Präventionsangebote im Setting Schule**
mit insgesamt 240 Durchführungen und 4.769 erreichten Schülerinnen und Schülern
- **2 Präventionsangebote im Setting Freizeit**
mit 141 erreichten Jugendlichen
- **2 Elternveranstaltungen**
mit insgesamt 137 Teilnehmenden
- **2 Weiterbildungen für Fachpersonen**
mit 40 Teilnehmenden

Weitere Informationen

- Übersicht zu den gesundheitsfördernden Angeboten des Gesundheitsdepartementes:
[Angebotsdatenbank Gesundheitsförderung und Prävention | Kanton Basel-Stadt](#) 
- Informationen zur Digital Detox-Kampagne 2025 der Abteilung Prävention: [Prävention | Jahresbericht MD](#) 



JAHRESBERICHT ABTEILUNG SUCHT 2025

Das Jahr in Zahlen

Die Suchtpolitik des Kantons Basel-Stadt stützt sich auf das seit Jahrzehnten erfolgreich etablierte Vier-Säulen-Modell. Die Angebote und Aktivitäten werden durch diverse Departemente, Kliniken und privaten Institutionen umgesetzt. Unser Zeitstrahl zeigt ausgewählte Kennzahlen von der Prävention bis zur Repression aus dem Jahr 2025.

79

**Kommunikations-
aktivitäten**

z.B. Interviews, Medienauskünfte

240

**durchgeführte
Präventionsangebote
an Schulen**

868

Beratungsfälle

in der Abteilung Sucht

55

Kostengutsprachen

für stationäre Suchttherapien

712

stationäre Behandlungen

in den UPK

7

Teilnehmende

am Modul Arbeitsabklärung Sucht

8'036

Arbeitseinsätze in der Werkstatt Jobshop

1'673

Funde

von Spritzenmaterial im öffentlichen Raum

1'198

Betäubungsmitteldelikte

215

Führerausweisentzüge

aufgrund des Konsums von Suchtmitteln

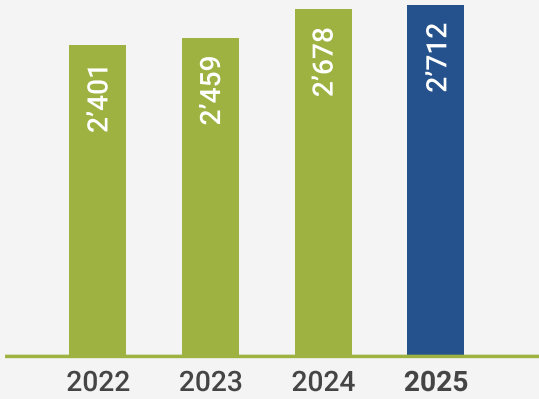
Beratung und Therapie

In Basel-Stadt gibt es verschiedene spezialisierte ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen sowie stationäre Suchttherapien, die Menschen mit Suchtproblemen unterstützen. Je nach Hauptproblemsubstanz bzw. Verhaltenssucht, individueller Lebenssituation und Problemlast stehen Klientinnen und Klienten unterschiedliche Angebote zur Verfügung.

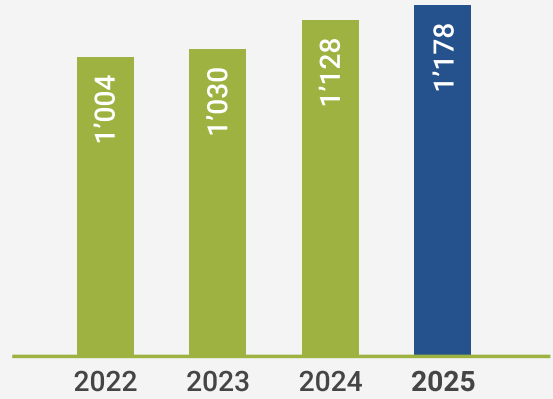
Kennzahlen ambulante Beratung und Behandlung

Gesamtkennzahlen der fünf ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen: Abteilung Sucht, Blaues Kreuz Basel-Stadt und Multikulturelle Suchtberatung beider Basel (MUSUB), Beratungszentrum der Stiftung Suchthilfe Region (SRB) Basel sowie Ambulanz für Suchttherapie der UPK Basel.

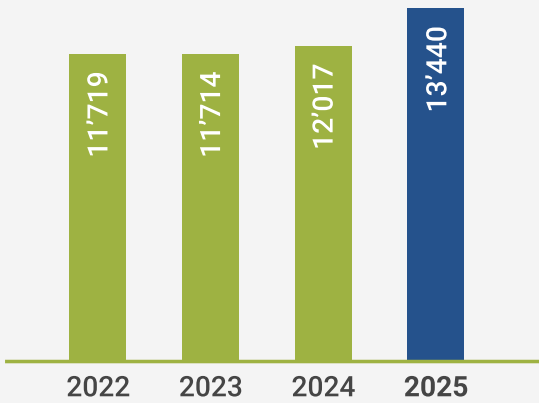
Beratungsfälle



Neuzugänge



Beratungsgespräche

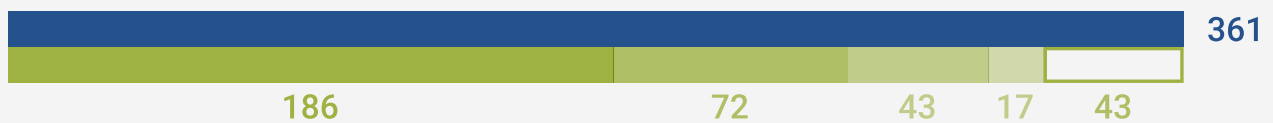


*exklusive Ambulanz für
Suchttherapie

Betroffene Neuzugänge nach Hauptproblemsubstanz

In den drei ambulanten Beratungsstellen Abteilung Sucht, Blaues Kreuz Basel-Stadt und MUSUB war Alkohol die häufigste Substanz, weswegen Personen im Jahr 2025 diese Institutionen aufgesucht haben. Im Beratungszentrum der SRB war hingegen Cannabis die häufigste Hauptproblemsubstanz.

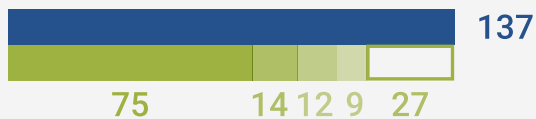
Abteilung Sucht



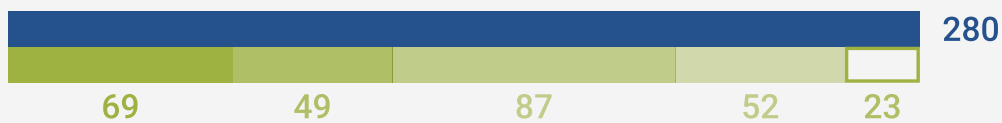
Blaues Kreuz beider Basel



Multikulturelle Suchtberatungsstelle beider Basel

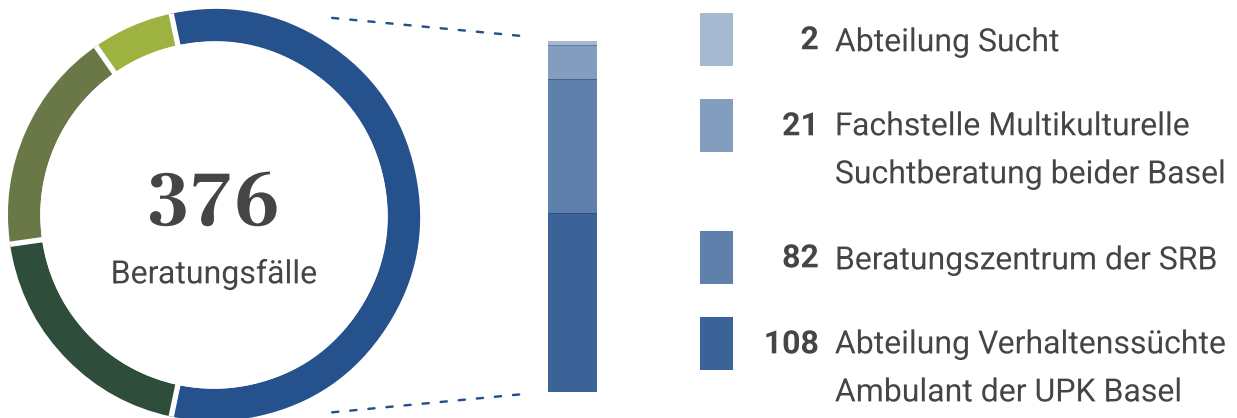


Beratungszentrum



- Total Neuzugänge
- Alkohol
- Kokain
- Cannabis
- Verhaltenssüchte
- Andere

Anzahl Beratungsfälle aufgrund einer Verhaltenssucht



Glücksspielsucht
213

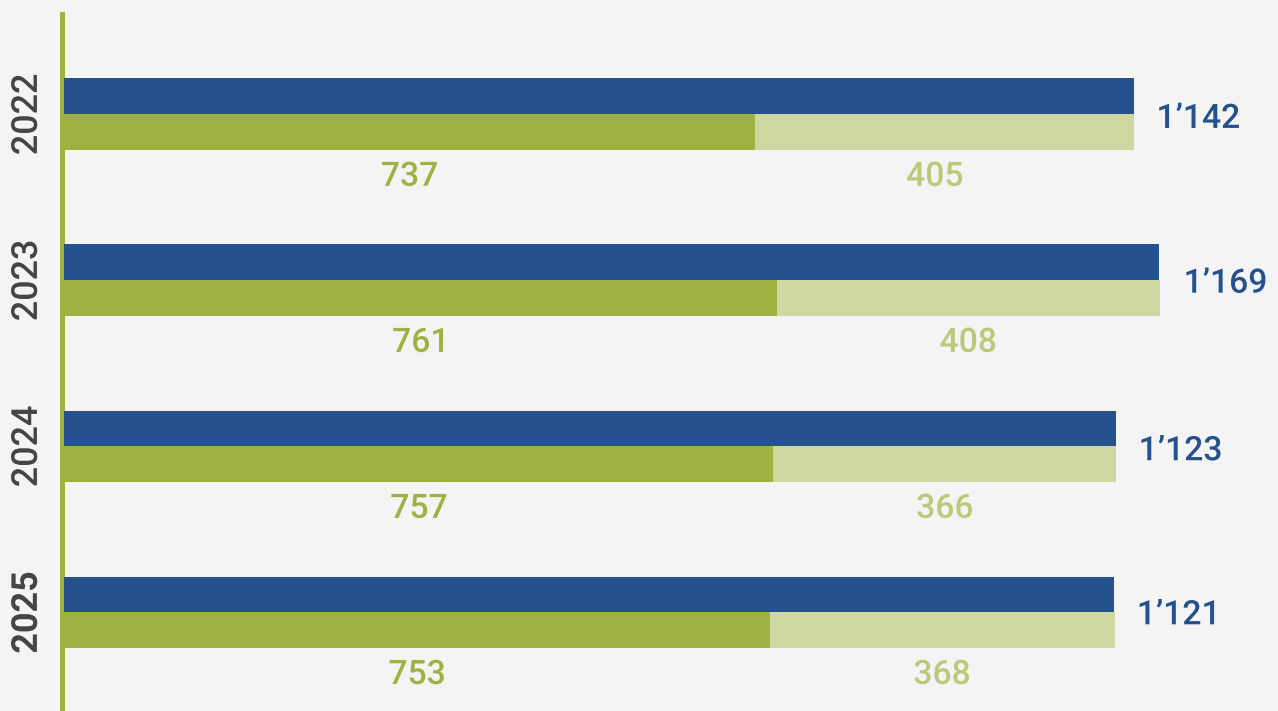
Sexsucht
73

Onlinesucht
66

Kaufsucht
24

Anzahl Behandlungsfälle in einer Opioidagonistentherapie

Bei der Opioidagonistentherapie (OAT) handelt es sich um eine medizinische und psychosoziale Intervention bei Abhängigkeit von Heroin oder anderen Opioiden. In Basel-Stadt gibt es zwei Einrichtungen, die eine OAT durchführen: Das Suchtambulatorium (SAM) der UPK Basel sowie das Therapiezentrum Basel (TZB). Ausserdem ist die Behandlung bei Hausärztinnen und Hausärzten möglich. Alle OAT, ausschliesslich der Behandlung mit Diacetylmorphin, werden von den Medizinischen Diensten des Gesundheitsdepartementes Basel-Stadt bewilligt.

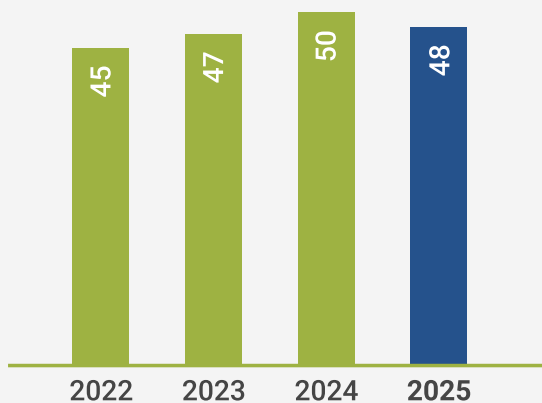


- Total Anzahl Patientinnen und Patienten
- Anzahl Behandlungen in spezialisierten Einrichtungen (SAM, TZB)
- Anzahl Behandlungen bei Hausarztpraxen

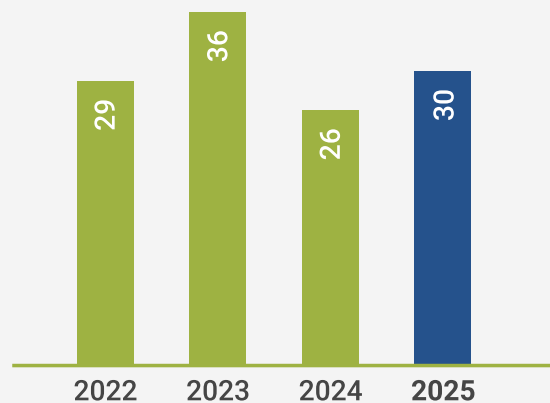
Kennzahlen stationäre Behandlung und Therapie

Gesamtkennzahlen der drei sozialtherapeutischen Einrichtungen: Familienplatzierung Spektrum und Reintegrationsprogramm Stadtlärm der SRB sowie das Haus Gilgamesch der Stiftung Sucht. Insgesamt bieten diese Einrichtungen 33 Plätze an.

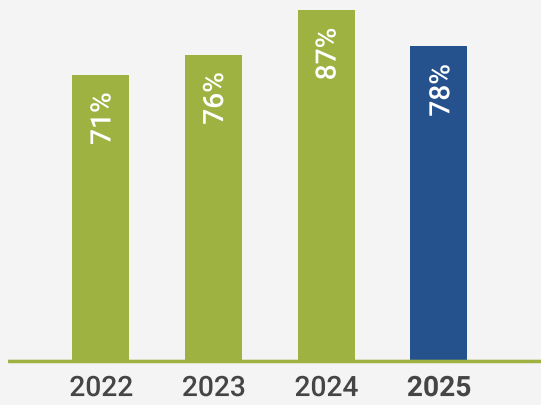
Anzahl betreute KlientInnen



Anzahl betreute Klientinnen aus Basel-Stadt



Durchschnittliche Auslastung



Finanzierung einer Suchttherapie

Stationäre Behandlungen aufgrund einer Abhängigkeitserkrankung können in einer suchtmmedizinischen Einrichtung (Psychiatrische Kliniken oder Suchtkliniken) erfolgen. In diesem Fall wird die Behandlung durch die Krankenkasse finanziert. Dagegen werden Behandlungen in sozialtherapeutischen Suchteinrichtungen durch die Sozialhilfe oder Leistungen der Invalidenversicherung finanziert.

Die Wahl der geeigneten Therapieeinrichtung hängt von verschiedenen Faktoren ab: dazu gehören die individuellen Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten, die Schwere der Abhängigkeit, vorhandene Komorbiditäten und bisherige Therapien. Die Anzahl der Behandlungsfälle im Zentrum für Abhängigkeitserkrankungen der UPK lag im Jahr 2025 bei 712 Fällen. Damit deckte die UPK den grössten Teil des stationären Versorgungsangebots ab.

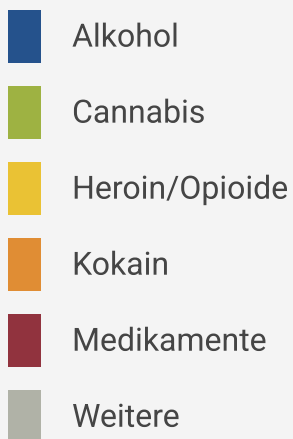
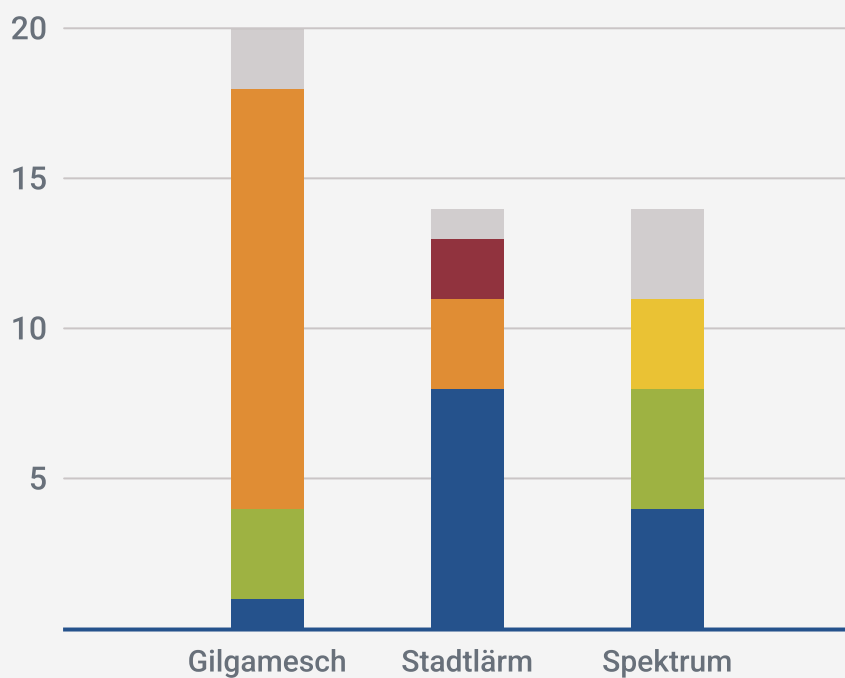
Seit dem Jahr 2012 ist die Anzahl der stationären sozialtherapeutischen Einrichtungen schweizweit zurückgegangen. Demgegenüber zeigt die steigende Anzahl an Plätzen in Einrichtungen des betreuten und begleiteten Wohnens die Wichtigkeit dieses oft im Anschluss an eine stationäre Suchttherapie genutzten Angebots. Im Kanton Basel-Stadt liegt die Zuständigkeit für den Bereich Wohnen beim Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt.

Weitere Informationen

- Bericht Monitoring der stationären Suchttherapieinstitutionen der Schweizerischen Koordinations- und Fachstelle Infodrog:
[↓ Platzangebot und Auslastung der stationären Suchttherapieinstitutionen und deren Angebote im betreuten/begleiteten Wohnen in der Schweiz im Jahr 2024](#)
- Weitere Informationen zur Kostenübernahme einer Suchttherapie im Kanton Basel-Stadt: [Therapiefinanzierung | bs.ch](#) [↗](#)

Hauptproblemsubstanz der Klientinnen und Klienten

Im Haus Gilgamesch war bei 14 Personen Kokain der hauptsächliche Behandlungsgrund, wobei die meisten Personen in eine OAT eingebunden sind. Im Reintegrationsprogramm Stadtlärm war dies bei acht Personen der Alkoholkonsum. In der Familienplatzierung Spektrum waren Alkohol und Cannabis mit je vier Nennungen die Hauptproblemsubstanz.



Schadensminderung

Die Schadensminderung umfasst alle Massnahmen, die darauf ausgerichtet sind, die Risiken und negativen sozialen und gesundheitlichen Folgen des Substanzkonsums zu verringern. Allen schadensmindernden Massnahmen ist gemein, dass sie möglichst niederschwellig sind. Die Inanspruchnahme der diversen schadensmindernden Angebote war im Jahr 2025 durchgehend hoch.

Aufsuchende Kontakte

Mit der aufsuchenden sozialen Arbeit gelingt es mit schwer zu erreichenden, sozial benachteiligten Personen in Kontakt zu treten. Im Jahr 2025 hatte das Fachteam Mittler im öffentlichen (MiR) 3'464 Kontakte mit Konsumierenden. Die Anlauf- und Beratungsstelle frauenOase zählte 488 aufsuchende Kontakte mit Frauen. Der Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter wies 4'354 Kontakte auf und die Gassenarbeit Elim 1'890.

10'196
Kontakte Total



3'464
Mittler im
öffentlichen Raum

Tageseintritte in Einrichtungen der Schadensminderung

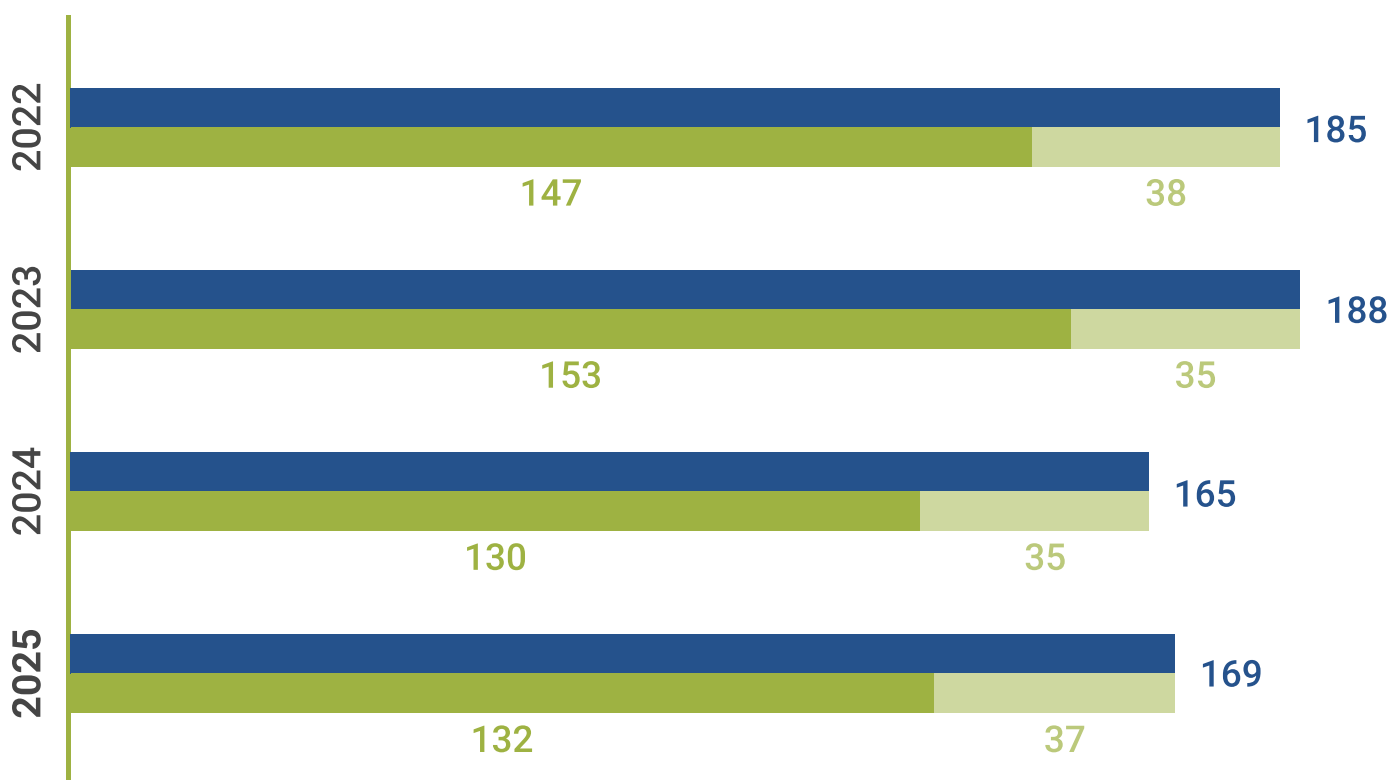
Schadensmindernde Einrichtungen stellen ein wichtiges Angebot in der Grundversorgung dar und werden tagtäglich von vielen sozial benachteiligten Personen mit und ohne Substanzkonsum aufgesucht. Die aufgeführten Stellen waren im Jahr 2025 sehr gut besucht und zeigen den Bedarf nach Beratung und Begleitung, Tagesstruktur, Verpflegung u.v.m.

■ Durchschnittliche Tageseintritte



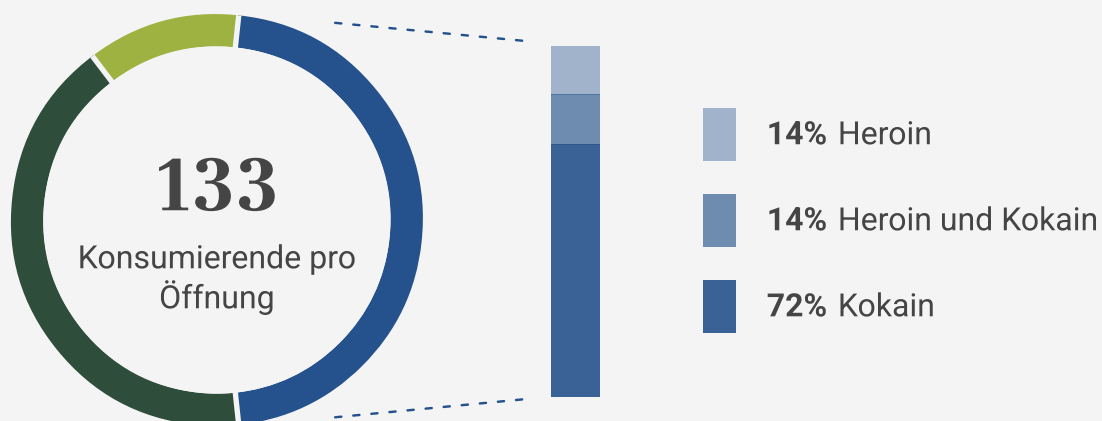
Besuchende in den Kontakt- und Anlaufstellen (K+A)

Die K+A richten sich an volljährige Personen mit einem Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt oder Basel-Landschaft. In verschiedenen Konsumräumen ist der Konsum von selbst mitgebrachten Suchtmitteln unter Aufsicht und hygienischen Bedingungen möglich. Ebenfalls werden niederschwellige Hilfeleistungen zur körperlichen, psychischen und sozialen Stabilisierung angeboten.



- Durchschnittliche Anzahl Besucher total pro Öffnungszeit
- Männer
- Frauen

Anzahl Konsumierende in den K+A pro Öffnung im Durchschnitt



Inhalationsraum
62

Sniff-Bereich
55

Injektionsraum
16

Quelle: Jahresstatistik Abteilung Sucht

Zunehmender Konsum von Kokain in den K+A

In den letzten Jahren zeigt sich in den K+A eine deutliche Verschiebung der Konsumformen: Während die Anzahl Konsumierender beziehungsweise Konsumationen im Injektionsraum abnimmt, nehmen risikoärmere Konsumformen wie Inhalieren oder Sniffen zu.

Zugleich ist über die Jahre sowohl beim ausschliesslichen Konsum von Kokain, als auch beim Mischkonsum mit anderen Substanzen eine Zunahme festzustellen. Diese Entwicklung soll weiterhin beobachtet werden.

Vorstudie zu Kokainkonsum in Basel-Stadt

Die anhaltend hohe Verfügbarkeit von Kokain (Crack) hat in verschiedenen Schweizer Städten zunehmend Konsequenzen für die Gesundheit und die soziale Situation von Konsumierenden. Eine wirksame medizinische Behandlung, die bisher noch nicht vorhanden ist, könnte die Situation der Konsumierenden verbessern. Zugleich könnte damit der Handel auf dem Schwarzmarkt und die damit verbundene Beschaffungskriminalität reduziert werden.

Die aktuellen gesetzlichen Grundlagen weisen Unklarheiten bezüglich der Frage auf, welche Therapieformen oder Forschungsdesigns bewilligungsfähig sind. Um die Bedürfnisse der Betroffenen und der Fachpersonen in Bezug auf die Behandlung mit einer kontrollierter Kokainabgabe zu erfassen, haben die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) Basel eine Studie durchgeführt. Diese wurde von der Abteilung Sucht mitfinanziert. In der Studie wurden 20 Konsumierende sowie fünf Fachpersonen befragt. Die Konsumierenden haben negative Folgen durch ihren Konsum und den Wunsch nach Veränderung ihres Konsums beschrieben. Eine Behandlung mit Stimulanzien als Kokainersatz können sich die wenigsten vorstellen, eine Kokaingestützte Behandlung würde hingegen auf grosse Akzeptanz stossen.

Weitere Informationen

- Bericht der Eidgenössische Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten: [↓ Gesellschaftlicher Umgang mit Crack: Analyse der gesetzlichen Grundlagen und Gesetzeslücken](#)
- Orientierungshilfe für Städte und Gemeinden: [↓ Crack: Städteinitiative Sozialpolitik für eine wirksame Suchtpolitik](#)

Impressum

Inhalt

Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt

Abteilung Sucht

Malzgasse 30

4001 Basel [↗](#)

+41 61 267 89 00

abteilung.sucht@bs.ch

www.bs.ch/sucht [↗](#)

Konzept, Design, Umsetzung

brenneisen theiss communications

St. Alban-Vorstadt 16, 4052 Basel

welcome@brenneisentheiss.ch

www.brenneisentheiss.ch [↗](#)